

Antrag 174/II/2018**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für ein gerechtes und progressives Einwanderungsgesetz****1 Forderungen:**

2 Wir fordern die SPD auf, sowohl innerhalb als auch außer-
3 halb der Regierung, weiterhin für ein gerechtes und pro-
4 gressives Einwanderungsgesetz zu kämpfen. Dieses muss,
5 um vollständig und seiner Wichtigkeit angemessen zu
6 sein, Folgendes beinhalten:

- 7 • Die Vorschläge, die im Gesetzentwurf der SPD-
8 Bundestagsfraktion schon enthalten sind, nämlich
9 das Punktesystem nach kanadischen Vorbild
10 mit einer Berücksichtigung auch für Nicht-
11 Akademiker*innen, die Erlaubnis, die Kernfami-
12 lie mitzubringen und die Maßnahmen gegen
13 Lohndumping, sind wichtig und sollen weiterhin
14 erkämpft werden.
- 15 • Außerdem muss sichergestellt werden, dass Aufent-
16 haltstiteln nicht an bestimmten Arbeitsverträge ge-
17 knüpft werden, denn das führt zu einer Situation, in
18 der Arbeitnehmer*innen durch ihre prekäre Situati-
19 on durch Arbeitgeber*innen erpressbar werden.
- 20 • Erforderlich ist auch eine Verbesserung der Aner-
21 kennung von ausländischen Berufsabschlüssen und
22 eine breitere Berücksichtigung von informell erwor-
23 benen Kenntnisse.
- 24 • Ein Einwanderungsgesetz muss sich auch mit der
25 globalen Ungerechtigkeit befassen, die, jenseits von
26 Fluchtgründen, die größte Ursache für Migrations-
27 wünsche sind. Es ist die humanitäre Verantwortung
28 von den reichsten Staaten wie Deutschland ihr ent-
29 gegenzuwirken: durch mehr Entwicklungszusam-
30 menarbeit, internationale Friedenspolitik und einer
31 gerechten Handelspolitik.
- 32 • Migration hat auch gravierende Folgen für Entwick-
33 lungsländer, die dabei ihre schon nicht ausreichenden
34 ausgebildeten Fachkräfte verlieren. Durch Part-
35 nerschaften mit Hauptherkunftsländern muss da-
36 für gesorgt werden, dass die Konsequenzen dieses
37 sogenannten Braindrains kompensiert werden. Die
38 Möglichkeit der Rückwanderung muss auch immer
39 bestehen, und einmal erworbene Aufenthaltstitel
40 dürfen dafür nicht einfach verloren gehen, wenn
41 Einwander*innen für eine Zeit lang in ihre Heimat
42 zurückkehren. Wichtig ist auch, dass eine Portabi-
43 lität der erworbenen Renten- und Sozialversiche-
44 rungsansprüche möglich sein muss.
- 45 • Von nicht weniger großer Bedeutung ist die glo-
46 bal verbreitete Ungleichheit zwischen Männern und
47 Frauen. Der ungleiche Zugang zu Bildung wird dazu

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

- 48 führen, dass mehr Männer als Frauen die Kriterien
49 des Punktesystems erfüllen werden. Maßnahmen
50 gegen dieses Ungleichgewicht müssen auch unbeding-
51 t Teil eines Einwanderungsgesetzes sein.
- 52 • Um ein diskriminierungsfreies, gerechtes und sei-
53 ner Zeit entsprechendes Einwanderungssystem zu
54 gestalten, muss ein Einwanderungsgesetz auch Zu-
55 wanderungschancen für Menschen, die nicht die
56 Kriterien des Punktesystems erfüllen, ermöglichen.
57 Ein Weg dorthin ist, nicht nur die Arbeitszuwan-
58 derung, sondern auch die Bildungs- und Qualifizie-
59 rungswanderung besser zu gestalten.
 - 60 • Dazu fordern wir ein einheitliches Online-
61 Bewerbungssystem für das Auslandsstudium
62 in Deutschland, eine Vereinfachung und Ver-
63 besserung der Anerkennung von ausländischen
64 Schulabschlüssen und Hochschulzugangsberechtig-
65 ungen, regulären Anspruch für Einwander*innen
66 auf staatliche Leistungen wie BAföG oder Grundsich-
67 erung und einen Rechtsanspruch auf freiwillige
68 Integrations- und Sprachkurse.
 - 69 • Für alle Einwander*innen ist es wichtig, dass Ih-
70 nen Informationskanäle und Beratungsmöglichkei-
71 ten zur Verfügung gestellt werden, die in einfacher
72 Form aus den Herkunftsländern zugänglich sein sol-
73 len.
 - 74 • Wichtiger Teil des kanadischen Modells ist die
75 intensive Integrationsarbeit und auch hier in
76 Deutschland müssen Programmen und Maßnah-
77 men die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und
78 wirtschaftlichen Teilhabe erweitern. Dazu gehört
79 auch eine Revision des Wahl- und Staatsangehörig-
80 keitsrechts.
 - 81 • Um die notwendigen Kosten der Implementierung
82 aller Maßnahmen, die mit einem solchen Einwande-
83 rungsgesetz verbunden sind, mindestens teilwei-
84 se zu decken, werden deutschen Unternehmen, die
85 von der Zuwanderung profitieren werden, auch ih-
86 ren Beitrag leisten müssen.
 - 87 • Wir fordern einen Spurwechsel gut integrierter Per-
88 sonen aus dem Asylverfahren in das Einwande-
89 rungsgesetz.
 - 90 • Und als Letztes: Ein Einwanderungsgesetz muss
91 auch Einwanderungsgesetz heißen. Im heutigen Zu-
92 stand unserer Demokratie muss die Politik auch zei-
93 gen, dass sie die Antworten auf die wichtigen Fragen
94 der Zeit hat, und so ein umfangreiches Gesetz wäre
95 ein wichtiges Zeichen dafür.

96

97

98 Begründung

99 Die Bundesregierung hat angekündigt, dass ein Fachkräf-
100 tezuwanderungsgesetz noch in diesem Jahr von Innenmi-

101 nister Horst Seehofer vorgestellt wird. Grundlage dafür ist
102 der im Koalitionsvertrag vereinbarte Kompromiss, ein „Re-
103 gelwerk zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeits-
104 markt, [...] das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft ori-
105 entiert“ zu erarbeiten.

106 Ein solches Gesetz ist wichtig und notwendig, da die
107 deutsche Wirtschaft immer mehr ausgebildete Fachkräf-
108 te braucht und sich die jetzige Einwanderungsbürokratie
109 auch seit Langem als viel zu komplex und ineffizient er-
110 wiesen hat. Die Notwendigkeit eines derartigen Gesetzes
111 ist aber schon so selbstverständlich, dass sogar Teile der
112 extremen ausländerfeindlichen Rechten es unterstützen.

113 Wir als Sozialdemokraten müssen für mehr kämpfen. Un-
114 ser Ziel darf nicht nur eine den Arbeitgebern dienenden
115 Fachkräftesicherung sein. Wirklich zufrieden dürfen wir
116 nur mit einem Einwanderungsgesetz sein, und zwar eins,
117 das den gesamten Prozess der Einwanderung in einer ge-
118 rechten sowie solidarischen Weise umfasst, und in dem
119 die Menschen, nicht die ökonomischen Erwägungen, im
120 Zentrum stehen.

121 Teil einer Koalition zu sein, bedeutet Kompromisse zu ak-
122 zeptieren. Das sollte aber die SPD nicht davon abhalten,
123 eine eigene Position zu so einem wichtigen Thema zu er-
124 arbeiten und intern zu diskutieren. Rein sozialdemokrati-
125 sche Lösungen müssen weiterhin Teil der öffentlichen De-
126 batte sein, dafür müssen sie aber in der Partei entwickelt
127 und debattiert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die
128 nach lange und harte Diskussionen mit CDU/CSU erreich-
129 ten Kompromisse als die Positionen unserer Partei wahr-
130 genommen werden. Wenn diese unzureichend sind, dann
131 müssen wir weiterhin in der Öffentlichkeit für unsere Ide-
132 en kämpfen, und zwar, bis sie komplett durchgesetzt wur-
133 den.